

Abänderungsantrag

**der sozialdemokratischen Abgeordneten
zur Beilage 906/2018 (Bericht des Finanzausschusses betreffend den Voranschlag
des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2019 [einschließlich
Dienstpostenplan]),
Budgetgruppe 2 „Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft“,
betreffend Kindergärten**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

1. Der in der Voranschlagstelle 1/240004/7305 „Gruppenförderung an Gemeinden“ im Teilabschnitt 1/24000 „Kindergärten“ veranschlagte Betrag von 66.396.100 Euro wird auf 71.268.100 Euro erhöht.
2. Der in der Voranschlagstelle 1/240004/7660 „Gruppenförderung an private Rechtsträger“ im Teilabschnitt 1/24000 „Kindergärten“ veranschlagte Betrag von 50.866.900 Euro wird auf 52.320.500 Euro erhöht.
3. Dementsprechend erfolgt eine Reduktion der im Landeshaushalt 2019 vorgesehenen Schuldentrückzahlungen um 6.325.600 Euro.

Begründung

Im Bundesländervergleich schneidet Oberösterreich traditionell schlecht ab, wenn es um die Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen geht. Durch die im Rahmen des Budgets 2018 vorgenommene Streichung der Landesförderung für Nachmittag und Randzeiten, sind die Öffnungszeiten in den oberösterreichischen Kinderbetreuungseinrichtungen noch stärker unter Druck geraten.

Darüber hinaus hat die Vorgehensweise und Informationspolitik rund um die Einführung der Nachmittagsgebühren durch die Novelle des Oö. Kinderbetreuungsgesetzes sowie der Oö. Elternbeitragsverordnung 2018 zu großer Verunsicherung bei Eltern, PädagogInnen und Gemeinden gleichermaßen geführt. Die mehrmals geäußerte Befürchtung, dass diese Kürzungsmaßnahme vorschnell durchgezogen wurde und vor allem für berufstätige Eltern zu massiven negativen Auswirkungen führen würde, hat sich mittlerweile leider bestätigt. Durch Abmeldungen einzelner Kinder infolge der Strafsteuer fielen als Folge ganze Gruppen weg. Nicht umsonst wird noch immer die Veröffentlichung der Evaluierungsergebnisse verweigert, obwohl entscheidende Fragen im Rahmen der Maßnahmenevaluierung, etwa die Auswirkungen auf

die Öffnungszeiten oder auf die Sprachförderung in den Kinderbetreuungseinrichtungen, ohnehin ausgeklammert wurden.

Mit diesem Antrag sollen die im Voranschlag 2018 vorgenommenen Kürzungen bei den Gruppenförderungen im Zusammenhang mit der Einführung der Nachmittagsgebühren wieder zurückgenommen werden. Ein Teil des von Landeshauptmann Mag. Stelzer verkündeten Budgeterfolgs von 90 Millionen Euro, soll auch den oberösterreichischen Familien zu Gute kommen. Dadurch gewinnt der Landeshaushalt an sozialer Handschrift.

Linz, am 30. November 2018

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Müllner, Lindner, Schaller, Rippl, Binder, Bauer, Krenn, Promberger, Makor, Weichsler-Hauer, Peutlberger-Naderer